

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888

23.2.1888 (No. 54)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 23. Februar.

№ 54.

Expedition: Carl-Friedrichs-Str. Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gebaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige; Briefe und Gelder frei.

1888.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 22. Februar.

Der günstigere Stand im Befinden Seiner Kaiserlichen Hoheit des Deutschen Kronprinzen, von welchem die gestrigen Meldungen aus San Remo berichteten, hält erfreulicher Weise an. Auch die zuletzt eingegangenen Nachrichten lauten durchaus befriedigend. Eine heute früh eingetroffene Mittheilung besagt, daß Seine Kaiserliche Hoheit wieder einen guten Tag gehabt und sich Abends besonders wohl gefühlt habe; die Wunde heile ab. Eine spätere (von 11 Uhr Vormittags datirte) Meldung besagt: „Der Kronprinz hatte eine gute Nacht, der Schlaf war völlig ungestört und dauerte lange an. Der Kronprinz fühlte sich heute sehr erfrischt und wird vom Husten weniger belästigt.“ Zu Uebereinstimmung mit diesen beiden Nachrichten steht folgendes heute im „Reichsanzeiger“ erscheinendes Bulletin: „San Remo, 22. Febr., Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr. Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz hatte in vergangener Nacht länger andauernden Schlaf. Kein Fieber. Husten und Auswurf wie gestern. Die äußere Wunde verheilt.“

Ein günstiges Anzeichen für das Befinden des Kronprinzen dürfte auch darin zu erblicken sein, daß Ihre Kaiserliche Hoheit die Kronprinzessin gestern den zum Besten der deutschen Kirche in San Remo veranstalteten Bazar persönlich eröffnet hat. Die hohe Frau wurde, wie ein Telegramm aus San Remo berichtet, von dem Prinzen Heinrich von Preußen, den Töchtern der Kronprinzessin und der Prinzessin Irene von Hessen nach dem Bazar begleitet.

Die Budgetberathung in der französischen Deputirtenkammer ist an einem heissen Punkte angelangt: es handelt sich um die Bewilligung oder Nichtbewilligung der geheimen Fonds für den Minister des Innern. Nachdem die Radikalen und die Konservativen das Ministerium Tirard unangesetzt auf das Festigte angegriffen, es mit Beschuldigungen überhäuft und bei jeder Gelegenheit ihm vorgehalten haben, daß es das Vertrauen der Kammer nicht besitze, würden diese Parteien allerdings nur in Konsequenz ihres bisherigen Standpunktes handeln, wenn sie gegen die Bewilligung der geheimen Fonds stimmen. Aber andererseits kann man die geheimen Gelder nur verweigern, wenn man die bestimmte Absicht hegt, das Kabinett zu stürzen. Ob die Radikalen und namentlich die Konservativen seit entschlossen sind, in diesem Augenblicke den Sturz des Kabinetts herbeizuführen, ist zweifelhaft. Floquet, der allgemein als der Nachfolger des Herrn Tirard angesehen wird, hat schon neulich (bei der Kammerabstimmung über die Departementschazmeister am vorigen Donnerstag) gezeigt, daß er keine Eile hat, die politische Erbschaft Tirard's anzutreten; er würde persönlich Herrn Tirard gern die Zeit zur Abwicklung der Budgetberathung gönnen, denn die Zeit der Budgetdebatten gehört unter den heutigen Verhältnissen nicht zu den frohen Tagen eines französischen Kabinetts. Was die Konservativen betrifft, so ist trotz ihrer feindseligen Haltung gegen das Ministerium Tirard kaum anzunehmen, daß sie mit Ungebuld der Bildung eines Kabinetts Floquet entgegensehen. Sie würden bei einem solchen Wechsel nichts gewinnen. Es ist sonach wohl nicht ausgeschlossen, daß zwischen dem Ministerium Tirard und der Kammermajorität in der Frage der geheimen Fonds ein Kompromiß zu Stande kommt. Viel hängt in dieser Beziehung von der Regierung selbst ab, namentlich davon, ob die Regierung erstens auf eine Herabsetzung der geforderten Summe eingeht, und zweitens genügende Aufklärungen über die Verwendung der verlangten Fonds gibt. Vorläufig zeigt das Kabinett allerdings keine Lust, in Bezug auf die Höhe der geheimen Fonds nachzugeben. Ein Telegramm aus Paris meldet, der Ministerrath habe gestern beschlossen, eine Herabsetzung der geforderten 1 600 000 Frs. nicht zuzulassen. Was das Verlangen betrifft, daß die Regierung Aufschlüsse über die Verwendung der geheimen Fonds gebe, so wird das Ministerium dieser Forderung gegenüber allerdings wohl keine durchaus ablehnende Haltung einnehmen; aber es wird selbstverständlich solche Aufschlüsse nur in so weit geben können, wie es mit der Natur geheimer Fonds verträglich ist. Im Uebrigen ist die parlamentarische Lage eine so verworrene, daß man das Resultat der Berathung über die geheimen Fonds unmöglich voransberechnen kann. Wenn schon, wie es in voriger Woche zweimal, am Dienstag und am Donnerstag geschah, die Gefahr einer Ministerkrise durch Fragen hervorgerufen wurde, bei denen niemand an die Möglichkeit einer entscheidenden Niederlage des Kabinetts gedacht hatte, so ist es natürlich noch viel

weniger möglich zu sagen, wie die Entscheidung über eine Frage, die wirklich zur Herbeiführung einer Ministerkrise geeignet ist, ausfallen wird.

Im Freistaat Uruguay ist unter dem 5. Januar 1888 ein Zollgesetz erlassen worden, welches für die bereits dort in Häfen oder im Entrepot befindlichen Waaren mit dem 21. Januar, für die schwimmenden Waaren, welche bis zum 6. Februar den Verschiffungshafen verlassen haben, mit dem 20. Februar, bezw. für Segler — mit dem 5. April d. J. zur Anwendung gelangt. Der neue Zolltarif weicht von dem bisherigen in folgenden Punkten ab.

Der generelle Werthzoll ist dort, wo er bisher 30 $\frac{1}{2}$ Proz. betrug, auf 31 Proz., die Sätze für die in der 2. und 3. Zollklasse verbliebenen Artikel sind von 47 bezw. 43 auf 48 bezw. 44 Proz. erhöht worden. Dagegen ist der bisher zu allen Zöllen erhobene Zuschlag von 6 $\frac{1}{2}$ pro Mille aufgehoben und die Zahl der zollfreien Artikel erheblich vermehrt worden. Unter den letzteren befinden sich namentlich auch Näh- und andere Maschinen.

Neu sind mehrere spezifische Zölle. Von den betroffenen Waaren zahlen die nachfolgenden, welche für den deutschen Export von Interesse sind, die folgenden Eingangszölle:

Spirit $\frac{1}{2}$ Cent. per Liter und Grad (Cartier). Der bisher aus Deutschland dorthin eingeführte Kartoffelsprit von 31 Grad Cartier (gleich 80 Grad Tralles) wird jetzt mit 15 $\frac{1}{2}$ Cent. per Liter verzollt, während er früher entsprechend mit 6,6 Cent. belegt war. Zucker, roh 4,40, raffiniert 5 Pesos per Doppelcentner. Bisher waren die entsprechenden Sätze 2,59 bezw. 3,14 Pesos. Reis, roh 1, enthält 4 Pesos per Doppelcentner. Der Zoll für beide Sorten betrug bisher 2,70 Pesos. Bier in Flaschen 12 Cent. per Flasche, in Fässern 10 Cent. per Liter, gegen früher 10,6 bezw. 9,2 Cent.

Deutschland.

* Berlin, 21. Febr. Seine Majestät der Kaiser empfing heute Vormittag den Polizeipräsidenten von Richtig und den General v. Albedyll und nahm heute Nachmittag den Vortrag des Ministers v. Puttkamer entgegen. Heute Abend fand bei den Majestäten eine kleine Theegesellschaft statt.

Der Bundesrath ist der Entwurf einer Verordnung über den Erlass der Witwen- und Waisengeldbeiträge der Reichsbankbeamten zugegangen. Die Verordnung erscheint nöthig, weil die Reichsbankbeamten nicht unmittelbar Reichscivilbeamte sind. Ferner ist dem Bundesrath, wie gestern schon kurz erwähnt, der Entwurf einer Verordnung betreffend die Abänderung und Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über die Kriegsverleistungen zugegangen. Die Verordnung betrifft die Naturalverpflegung, also die Mundverpflegung der Truppen, ferner die Verpflegung der Pferde, die Stellung von Vorposten, Begleitern und Boten und die Duntungsleistung und Liquidirung.

Die Reichstagsbaukommission hat unter dem Vorsitz des Ministers v. Bötticher an einem der letzteren Tage Beschluß über die für die innere Ausstattung des Gebäudes zu beobachtenden Grundprinzipien gefaßt. Danach werden u. a. die Sitzungssäle, insbesondere der Sitzungssaal des Plenums, sowie der des Bundesrathes, die Restaurations-, Schreib- und Leserräume mit Holzdecken und hohem Wandgefäl ausgestattet, für die große Halle aber, die Vorkäle vor den Räumen des Bundesrathes und des Präsidiums soll ein vorzügliches Kalkstein verwendet werden. Der Verathung folgte unter Führung des Baumeisters Ballot und des Bauathes Häger eine Besichtigung des Neubaus selbst, welche die erfreulichen Fortschritte in der Ausfühung des Baues erkennen ließ. Im Laufe des bevorstehenden Sommers wird die Bedachung des Gebäudes vollendet und damit ein neuer Anhalt dafür gegeben werden, daß das neue Reichstagsgebäude zur bestimmten Zeit seiner Vollendung entgegengehen wird.

Das Abgeordnetenhaus verwies heute die Eisenbahnvorlage nach längerer, aber unerheblicher Debatte an die Budgetkommission. Den äußerst zahlreich geäußerten Wünschen bezüglich des Baues neuer oder der Fortsetzung oder Erweiterung vorhandener Linien gegenüber erklärte der Minister Maybach, es sei nicht möglich, alle Wünsche zu erfüllen. Die Meliorationen erheischen ebenfalls große Summen.

Gestern Abend fand bei dem Staatssekretär des Aeußern, Grafen Herbert Bismarck, ein Essen zu Ehren des russischen Botschafters Grafen Schuwaloff und seiner Gemahlin statt, zu dem Einladungen an verschiedene Herren und Damen aus dem hiesigen Hof- und Diplomatentreiben ergangen waren.

Die Meldungen, nach denen Rußland aus seiner Unbeweglichkeit in der bulgarischen Frage herantreten ist, lauten so übereinstimmend, daß ein Zweifel an dieser Thatsache nunmehr ausgeschlossen ist. Es liegt darin unter allen Umständen ein günstiges Zeichen, ein

Moment der Spannung wird entfernt. Es ist auch bemerkenswerth, daß die positiven Nachrichten über die von Rußland eingeleiteten Schritte nunmehr aus Wien kommen, wo man denselben bis jetzt am skeptischsten gegenüber stand. Wir theilten schon telegraphisch mit, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ sich gleichfalls in dem Sinne einer Besserung der Situation äußert, indem sie schreibt: „Jedenfalls darf wohl heute als feststehend gelten, daß die Verhandlungen der Kabinette in Fluß kommen, mithin alle Befürchtungen hinfällig machen, welche von der seitherigen Unbeweglichkeit der Situation ihren Ursprung ableiteten.“ Das Blatt schränkt aber die Bedeutung der neuerdings eingetretenen Wendung in der allgemeinen Situation dann durch den darauffolgenden Satz ein, den das Wolffsche Bureau nicht mittelegraphirte: „Etwas Anderes und wesentlich davon Verschiedenes ist die Frage nach der Stellungnahme der Kabinette zu dem beregten Vorschlage der russischen Diplomatie.“ Auf diese Frage läßt sich im Augenblicke noch keine bestimmte Antwort geben.

Die „Berl. Polit. Nachr.“ schreiben in einem Artikel über die Haltung der französischen Presse gegen Italien:

„Der jetzt gegen Italien im Gange befindliche wirtschaftliche Feldzug gilt nicht zum wenigsten der planmäßigen Entwerthung des Kurses der italienischen Staatspapiere. Wenn man erwägt, daß die wirtschaftliche Kriegführung Frankreichs gegen Italien letzteres einzig und allein in seiner Eigenschaft als Mitglied des central-europäischen Friedensbundes treffen will, so werden die Sympathien Deutschlands und Oesterreich-Ungarns in dieser Sache natürlicher und logischer Weise nur dem von französischer Gehässigkeit heimgeleiteten Bundesgenossen zufallen können. Gerade die Ursache, weshalb Frankreich auf systematische Diskreditirung seines südlichen Nachbarn hinarbeitet, beweist deutlich, daß sachliche Motive, also etwa ein Niedergang in der wirtschaftlichen Entwicklung Italiens, nicht entfernt vorhanden, sondern nur solche Triebfedern im Spiele sind, welche mit dem wirtschaftlichen Gebiete absolut nichts zu schaffen haben. Es liegt unseres Erachtens im Interesse des deutschen Publikums, daß es sich die Gründe, aus welchen in den letzten Monaten die italienischen Papiere einen Kursrückgang erfahren haben, klar mache. Neuerdings macht sich bei uns wiederum die Tendenz geltend, unser Geld in fernem Ländern anzulegen; die Forderungen eines hohen Zinsfußes sind eben leider stärker als die Rücksichtnahme auf die Sicherheit des Kapitals. Das deutsche Geld kann innerhalb des Reichs noch viel Verwendungszwecke finden, die bisher unbeachtet geblieben sind. Soweit wir aber unsere Ueberschüsse nicht im eigenen Lande anlegen können, sollten wir sie in Ländern zuwenden, deren Wohlhabenheit und Finanzlage für die Sicherheit des Kapitals bürgen.“

In verschiedene Blätter war letzter Tage eine Notiz übergegangen, welche dahin gedeutet werden konnte, als ob der Jäger Kaufmann für sein Verhalten bei der Grenzverletzung vom September v. J. durch Verleihung von Schützenabzeichen, durch Beförderung zum Gefreiten und durch Gewährung eines längeren Urlaubs seitens seiner Vorgesetzten belohnt worden wäre. Um einer etwaigen Deutung in diesem Sinne vorzubeugen, wird von zuständiger Seite bemerkt, daß eine vom Allerhöchsten Kriegsherrn festgesetzte Vorschrift die Bedingungen, an welche die Verleihung von Schützenabzeichen sich knüpft, genau normirt, Bedingungen, welche ausschließlich in einer besonders erfolgreichen Erfüllung der Uebungen im Scheibenschießen bestehen. Ebenso hängt die Beförderung zum Gefreiten lediglich von der Tüchtigkeit eines Mannes im Dienst, die Urlaubsbewilligung von seiner guten Führung, beide mithin von Faktoren ab, welche ohne irgend einen Zusammenhang mit dem Waffengebrauch in einer Grenzaffäre stehen. Im vorliegenden Fall kann ein solcher Zusammenhang um so weniger vorausgesetzt werden, als bei demselben leider, wenn auch ohne Verschulden des Thäters, ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist.

Der Vorstand der gegenwärtig hier tagenden 19. Hauptversammlung des Kongresses deutscher Landwirthe beschloß heute an Se. Kaiserl. Hoheit den Kronprinzen, den Protektor des Kongresses, eine Adresse zu richten, worin er sich den Wünschen und Gebeten des gesammten deutschen Volkes für die Genesung des Kronprinzen anschließt und denselben auch seinerseits Ausdruck gibt.

Stuttgart, 21. Febr. Nach einer Meldung aus Florenz hat Seine Majestät der König die Nacht zu gestern ruhiger verbracht; der Krankheitsverlauf ist nach dem vom Leibarzt Dr. Feger und vom Professor Liebermeister unterzeichneten Bulletin ungestört. Ein beruhigendes Anzeichen dürfte darin zu erblicken sein, daß Professor Liebermeister gestern Abend wieder von Florenz abreiste, um nach Tübingen zurückzukehren. Die Meldung mehrerer auswärtiger Blätter, der zufolge der Minister v. Wittnacht nach Florenz abgereist sei, entbehrt der Begründung; der

Minister hat mit dem Kammerbeschlusse Stuttgart nicht verlassen.

München, 21. Febr. Die Regierung hat der Kammer eine Nachtragsforderung von 750 000 M. vorgelegt für die Erbauung eines Floß- und Handelshafens am Main bei Aschaffenburg.

Strasbourg, 22. Febr. Der Präsident des Landesauschusses, Schlumberger, gab gestern im Hotel „Stadt Paris“ den Mitgliedern der Regierung und des Landesauschusses ein Diner, bei welchem er einen Toast auf den kaiserlichen Statthalter und die Regierung ausbrachte. Der Statthalter Fürst Hohenlohe erwiderte mit einem Trinkspruch auf den Präsidenten des Landesauschusses.

Frankreich.

Paris, 21. Febr. Von der Deputiertenkammer ist heute der Etat des Justizministeriums erledigt worden. Die Beratung über denselben ging jedoch nicht zu Ende, ohne dem Justizminister noch eine Niederlage zu bringen. Auf den Antrag des Deputierten Sabatier setzte die Kammer nämlich die Ausgaben des Kassationshofes von 40 000 Frs. auf 32 000 Frs. herab, trotzdem der Minister sich dieser Kürzung lebhaft widersetzt hatte. Morgen findet keine Sitzung statt; die Budgetberatung wird am Donnerstag mit der Erörterung über die geheimen Fonds fortgesetzt werden. In parlamentarischen Kreisen und in der Presse erörtert man lebhaft die Frage, ob die Abstimmung über die geheimen Gelder eine Ministerkrise hervorruft wird (vergl. den Artikel an der Spitze des Blattes). Sollte es zu einer Krise kommen, dürfte Floquet mit der Neubildung des Kabinetts betraut werden. — Die Freunde Boulanger's rühren sich wieder. Die Präfecten der Departements Loire, Loir et Maine und Maine et Loire, in denen am Sonntag Ersatzwahlen zur Kammer stattfinden, benachrichtigen das Ministerium, daß das Wahlkomité, welches seinen Sitz in Paris habe, überall Zettel anschlagte, die mit der Aufforderung, den General Boulanger zu wählen. Es kann sich dabei, da Boulanger als aktiver General nicht wählbar ist, natürlich nur um eine Demonstration handeln. — Der Ministerpräsident Tirard übergab heute dem Minister des Auswärtigen den neuen Tarifentwurf für den französisch-italienischen Handelsvertrag, welcher alsbald dem hiesigen italienischen Gesandten, General Menabrea, übergeben werden wird. — Im Prozeß gegen Wilson begannen heute die Plaidoyers. Der Staatsanwalt hielt die Anklage aufrecht, indem er erklärte, die Verhandlungen hätten die notorische Käuflichkeit Wilson's bewiesen. Wilson's Handlungsweise erscheine um so unmoralischer, als er Politiker sei und seine verwirklichte Thätigkeit im Elysée betrieb. Er beantragte, Wilson auf Grund des Art. 405 des Strafgesetzbuchs zu verurtheilen, wonach betrügerische, schwindelhafte Mandate mit einjährigem bis fünfjährigem Gefängnis bestraft werden. Gegen die anderen Angeklagten, welche nur untergeordnete Rollen gespielt hätten, wurden geringere Strafen beantragt. Morgen beginnen die Reden der Verteidiger, die voraussichtlich bis Donnerstag dauern werden.

Belgien.

Brüssel, 21. Febr. In der Deputiertenkammer richtete der Deputierte Neujean an die Regierung die Frage, wie es mit den Nachrichten gewisser Zeitungen stehe, daß Belgien mit einer fremden Macht Verträge abgeschlossen habe. Er hatte diesen Nachrichten keinerlei Glauben beigemessen. Der König könne nicht ohne die Einwilligung seiner Minister vorgehen, und man schiebe dem König und dem Ministerium eine thörichte und zugleich verbrecherische Handlungsweise unter. Der Artikel der Verfassung über das Recht, Verträge zu schließen, sei älter als der Londoner Vertrag, der die Neutralität Belgiens für alle Zeiten anspricht; Belgien könne daher mit niemandem Bündnisse schließen. Er, Redner, habe die Anfrage nur gestellt in der Absicht, der Regierung Gelegenheit zu geben, sich vor dem Auslande auszusprechen. Der Minister des Auswärtigen, Fürst Chimay, erwiderte, es werde ihm leicht, zu antworten; er habe nur zu erklären, daß nichts sich geändert habe, daß in der Zwischenzeit kein Vertrag oder Abkommen geschlossen worden. Belgien bleibe seinen Pflichten eines neutralen Staates treu und niemand verjuche, es von denselben abwendig zu machen. Es sei bedauerlich, daß gewisse Blätter aus Opposition gegen die Regierung sich hartnäckig bemühten, im Auslande gegen Belgien Mißtrauen zu erregen. Neujean dankte der Regierung für diese unumwundene Antwort, die allenthalben befriedigen werde.

Italien.

Rom, 21. Febr. Es wird bestätigt, daß Graf Robilant, der frühere Minister des Auswärtigen, zum Vorgesetzten in London ansersehen sei. Sehr bemerkt wird hier eine Meldung des „Omonia“, nach welcher der Negus von Abyssinien persönlich einem Friedensschlusse mit Italien gar nicht abgeneigt sein soll. Wie die hier und da vom Sekretär des Negus von Abyssinien inspirierte „Omonia“ in Alexandrien nämlich meldet, habe der Negus, der noch immer in seiner Hauptstadt Addis Abeba, Ras Alula das Oberkommando über sämtliche gegen die Italiener in's Feld gestellten Truppen übertragen und ihm zugleich uneingeschränkte Vollmacht für alle von ihm gut zu findenden Schritte erteilt. König Johannes, der an und für sich für ein friedliches Zusammenleben mit den Italienern in Massauah sei, habe so jede Verantwortung für die Folgen des Krieges von sich ab und auf die Schultern Ras Alula's gewälzt, der ein erbitterter Feind der Italiener sei. Man dürfe daher hoffen, daß gleich nach der ersten entscheidenden Niederlage Ras Alula's

la's der Negus die Vermittelung der Königin Viktoria anrufen oder selbst um Frieden bitten werde.

Mehr als sonst richtet sich im gegenwärtigen Augenblicke die Aufmerksamkeit auf die Wehrverhältnisse Italiens. Die „N. N.“ theilen nach einer offiziellen Statistik das Nachstehende mit: Die Kriegsmacht, die Italien im Falle eines europäischen Krieges zu stellen vermag, beträgt: Infanterie: 94 Regimenter, Verlagieri (Schützen, die Elitegruppe der italienischen Armee): 12 Regimenter, zusammen 318 Bataillone. Alpenjäger (ausschließlich zur Besetzung der Sperrposten an der französischen Grenze bestimmt): 7 Regimenter, d. h. 76 Kompagnien. Kavallerie: 12 Regimenter à 6 Schwadronen. Feldartillerie: 12 Regimenter (14 Batterien); Festungsartillerie: 5 Regimenter (16 Kompagnien); Bergartillerie: 1 Regiment; reitende Artillerie: 1 Regiment, Genie: 4 Regimenter mit 43 Sapeurkompagnien, 6 Telegraphisten, 8 Pontoniers und 4 Eisenbahnkompagnien, ferner 6 Kompagnien Artilleriearbeiter. Das stehende Heer zählt 871 299 Mann, 7776 Offiziers- und 33 896 Mannschaftsbesoldete. Die Landwehr zählt in ihren beiden Kategorien zusammen 279 714, die abgeforderte sardinische Landwehr 17 279 Mann. Das Offiziercorps des stehenden Heeres beläuft sich auf 27 800, das der Landwehr auf 2918 Offiziere. Der Landsturm (Territorialmiliz) endlich umfaßt 5 393 Offiziere und 1 400 838 Mann, so daß die Höhe der gesammten italienischen Landmacht die statistische Zahl von 3 258 Offizieren und 2 475 533 Mann und 41 682 Pferden erreicht. Was die Flotte betrifft, so zählt dieselbe 18 Schlagschiffe erster Klasse (davon 3 im Bau begriffen), 16 zweiter und 25 dritter Klasse, von welcher letzteren wiederum 6 noch unvollendet; ferner 18 Torpedoboote erster, 23 zweiter, 47 dritter Klasse. Zu dieser Zahl kommen noch zahlreiche Transportschiffe und Dienstfahrzeuge, so daß die italienische Flotte 235 sofort fechtfähige Schiffe zählt. 50 andere Schiffe werden innerhalb kürzerer Zeit fertig gestellt sein. Das Flottenpersonal umfaßt über tausend Offiziere und über 13 000 Seelute; die italienischen Kriegsschiffe sind mit 318 Geschützen verschiedensten Kalibers armirt. Die vorzüglich organisirte Küstenverteidigung liegt in den Händen der Landarmee.

Spanien.

Madrid, 20. Febr. Die in letzter Zeit getrüben Aussichten auf den Zusammentritt der marokkanischen Konferenz haben sich neuerdings wieder erheblich gebessert, nachdem es so ziemlich gelungen ist, die Vorrage einer allseits befriedigenden Umgrenzung des Berathungsprogramms einer Lösung zuzuführen. Insbesondere ist die Haltung des französischen Kabinetts dem Konferenzgebäude gegenüber eine freundlichere geworden und es wird versichert, daß die Einbeziehung der handelspolitischen Beziehungen in den Berathungskreis von dieser Seite nicht mehr auf große Schwierigkeiten stoße.

Ueber die Verhandlungen in den spanischen Cortes aus Anlaß der Interpellation des Deputierten Romero Robledo wegen der angeblich gegen die Königin Isabella und den Herzog von Montpensier getroffenen Maßregeln liegen nunmehr ausführlichere Mittheilungen vor. Der Ministerpräsident Sagasta fügte hinzu, die Regierung wäre entschlossen, ihre Pflicht zu thun, wenn irgend jemand versuchen sollte, im Palaste die verhängnisvolle Aera der Intriguen wieder zu eröffnen, unter denen Spanien so lange zu leiden hatte. Romero Robledo, der Führer der Opposition, glaubte seine Partei gegen die Anklagen verwehren zu müssen, daß sie an okeanischen Intriguen theilgenommen habe. Er fragte, ob man der von ihm geleiteten Reformpartei die Hoffnung, eines Tages zur Macht zu gelangen, rauben wolle; auch gab er der Uebersetzung Ausdruck, daß die öffentliche Meinung ihn unterstützen würde. General Lopez Dominguez betonte seine Uebereinstimmung mit Romero Robledo und verwahrte sich und seine Parteigenossen ebenfalls gegen die Unterstellung, daß sie den Orleans'schen Vorstich leiten wollten. General Dominguez ließ es aber aber auch nicht an Drohungen fehlen, indem er seine Rede wie folgt schloß: „Wenn die Regierung sich bemüht, uns Schwierigkeiten zu schaffen, um zu verhindern, daß unsere Stimme bis zum Throne gelange, so wird das Gouvernement eben für die Folgen verantwortlich sein; will sie der Reformpartei den Weg versperren, so wird diese eines Tages einen andern Weg wählen.“ Das Ministerium Sagasta wird sich durch diese Drohungen aber wahrscheinlich nicht einschüchtern lassen.

Großbritannien.

London, 21. Febr. Dem Wahlsiege der Gladstoneaner in West-Southward wird, wie schon gestern berichtet, von den Freunden Gladstone's eine wohl etwas übertriebene Bedeutung zugemessen. Der Londoner Korrespondent der „National-Zeitung“ behauptet, daß zu dem Ausfall der Wahl Elemente mit thätig gewesenen seien, auf die Herr Gladstone gewiß nicht stolz ist. Das Berliner Blatt berichtet: „Den kürzlichen Wahlsieg der Gladstoneaner in West-Southward führt unser Londoner Korrespondent darauf zurück, daß in dem größtentheils von Proletariern bewohnten Stadtviertel die unteren Volkschichten den Ausschlag gegeben haben. Der erwähnte Stadttheil hat zu den Londoner Krawallen der letzten Jahre stets eines der größten Kontingente gesandt, und daß derartige Elemente in dem heutigen Gladstone und dessen Freunden die richtigen Führer gefunden zu haben glauben, kann nicht wundernehmen.“ Das Urtheil ist scharf, aber nicht ungerecht. Jedenfalls wird man gut thun, die Bedeutung des Gladstone'schen Wahlsiegs nicht zu überschätzen.

Der „Polit. Corr.“ wird aus London geschrieben: Lord Randolph Churchill bereitet eine große Parlamentsrede über die ängere Politik vor, für welche die Interpellationen des Herrn Labouchère an den Unterstaatssekretär Sir James Ferguson als Vorpiel gelten können. Lord Randolph Churchill hat, wie bekannt, sein Fortsetzende im Kabinete Salisbury wegen der Frage von Ersparungen im Budget niedergelegt, aber die bei diesem Anlasse im Parlamente gehaltenen Rede hat dargebracht, daß er auch der Politik Lord Salisbury's in der bulgarischen Frage Opposition gemacht habe. Lord Churchill ist mehr der Partei nach, als aus Prinzip ein Konservativer. Seiner Ansicht nach ist die Tory-Partei, wenn sie ihre traditionelle Politik weiter verfolgt, dem Untergange geweiht und er hat auch schon den Namen für die neue Partei gefunden, deren Gründung er anstrebt, nämlich die „Tory-Demokraten“. Diese Partei würde vor Allem darnach streben, den Beifall der großen Massen zu erlangen, welche erst bei der letzten Wahlreform das Stimmrecht erhalten haben, und aus diesem Grunde hat er auch in seinem

Programme der Erzielung von Ersparnissen in der Verwaltung den ersten Platz angewiesen. Da nichts so kostspielig ist als der Krieg, will er so viel Fragen als möglich von demjenigen ausschließen, die für England einen casus belli abgeben könnten. Er betrachtet daher auch die alte Ueberlieferung, daß die Verteidigung der Integrität der Türkei ein vitales englisches Interesse sei, für überlebt und ungerecht und würde mit seiner ganzen Kraft gegen jedes Opfer an Geld und Blut hierfür protestiren. Diese Ideen stehen natürlich im Gegensatz zu den Anschauungen Lord Salisbury's, dessen politische Richtung zur Bewahrung der politischen Traditionen Englands zum Schutze Konstantinopels und der türkischen Meerengen, sowie zu einer Anlehnung an die Tripel-Allianz neigt und der, wie man fast allgemein glaubt, auch gewisse Abmachungen, speziell was die Verteidigung der italienischen Küsten betrifft, getroffen hat.

Der zwischen England und Venezuela schwebende Streit ist, wie aus der neuesten Erklärung des Unterstaatssekretärs Ferguson im englischen Unterhause hervorgeht, noch nicht erledigt. Als Anlaß zu dem Konflikte wird die widerrechtliche Beschlagnahme von angeblich werthvollen Goldbergwerken am Ruffe Caroni, auf welche England Ansprüche erhebt, seitens der Regierung von Venezuela angegeben. Der britische Vertreter bemühte sich vergebens, die Aufhebung dieser Beschlagnahme oder eine Entschädigung von 6 000 Pfr. zu erwirken. Ob schon von einer Seite gemeldet wird, daß der Beschlaghaber des britischen Geschwänders in den venezuelischen Gewässern den Auftrag habe, eventuell mit Gewaltanwendung die Entschädigung einzutreiben, darf man doch nach den telegraphisch gemeldeten Erklärungen des Unterstaatssekretärs Ferguson im englischen Unterhause annehmen, daß England vorerst noch weitere Versuche einer friedlichen Schlichtung der Angelegenheit unternehmen wird. Auf venezuelischer Seite scheint man die Hoffnung zu legen, daß die Vereinigten Staaten von America sich in den Streit mischen, und auf diese Hoffnung stützt sich der Widerstand der venezuelischen Regierung.

Rußland.

St. Petersburg, 22. Febr. (Tel.) General v. Werder ist gestern Abend hier eingetroffen und nahm als Gast des Kaisers im Winterpalais Wohnung. (Die deutsche „St. Petersburg. Ztg.“ beschäftigt sich an leitender Stelle mit der Reise des Generals und bemerkt zu derselben: Wir wissen genau, daß General v. Werder Vielen in unserer Residenz mit seiner Hierherkunft eine große und aufrichtige Freude bereitet; General-Adjutant v. Werder war ja nicht nur der persönliche Freund unseres hochseligen Monarchen, er war bis zuletzt persona gratissima an unserem Hofe, wie er ja auch St. Petersburg bei der letzten Entree in Berlin attachirte wurde; man war ihm auch sonst überall, wo man ihm in seiner langjährigen amtlichen Thätigkeit in Rußland oder gesellschaftlich näher getreten war, — und das war in weiten Kreisen nicht allein in der vornehmen russischen Gesellschaft, sondern auch in unserer deutschen Kolonie der Fall — wegen seiner Thätigkeit und in seinen Liebenswürdigkeit in herzlicher Hochachtung und Verehrung zugehörig. Wir wüßten in der That niemanden zu nennen, der hier willkommener sein könnte als General v. Werder.)

Rumänien.

Bukarest, 21. Febr. Einer Meldung der „Agence Havas“ zufolge wurden ein General und ein Oberst unter der Anschuldigung, Erpressungen bei Militärleistungen verübt zu haben, verhaftet. Der vorwärtige Kriegsminister Angelesco trat aus der Armee aus. (Bei den Verhaftungen scheint es sich um die Affäre des Oberst M. Dimitresco-Maican, des Kommandanten der Flottille, zu handeln, welcher beschuldigt wurde, daß er bei Lieferungen für die Armee Provisionen nehme. Ob der Rücktritt des vorwärtigen Kriegsministers A. Angelesco aus der Armee mit jenen Vorgängen unmittelbar im Zusammenhang steht, geht aus der Depesche nicht mit Sicherheit hervor, ist aber vielleicht deshalb anzunehmen, weil Angelesco schon als Minister seine Demission in Folge der Behauptung, daß in seinem Ressort Bestechungen vorkämen, gab.) — Wie die „Lupta“ meldet, will die rumänische Regierung erst im April oder Mai die Reperitorgewehr, für welche die Kammer 10 Millionen Francs votirt hat, bestellen. Es könnte sich dem genannten Blatt zufolge auch ereignen, daß diese Bestellung gar nicht zur Ausführung gelange, wenn die Erhaltung des Friedens als gesichert anzusehen wäre. Vorläufig hat sich die mit der Prüfung der einzelnen Reperitorgewehr-Systeme beauftragte Kommission noch nicht geäußert und wird ihr Gutachten auch kaum vor acht bis zehn Tagen erstatten.

Türkei.

Konstantinopel, 20. Febr. Die von der Pforte veranstaltete Untersuchung des Zwischenfalles in französischen Konsulate zu Damasus hat ergeben, daß die Verhaftung des Algeriers, welche den Anlaß zum Streit gab, 200 Schritte vom französischen Konsulate entfernt vorgenommen worden ist, eine Verletzung des Konsulats also nicht stattgefunden habe. Während die Polizei den Mann zu verhaften versuchte, soll ein anderer bewaffneter Algerier aus dem Konsulat herorgeführt sein und beide hätten nun die Polizei angegriffen wollen, woran sie jedoch durch den Dragoman verhindert worden. Wenn diese Darstellung der Sache zutrifft, so haben die französischen Blätter sich wieder einmal umsonst ereifert.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 22. Febr. 10. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Freitag, den 24. Februar, Vormittags 9 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Finanzministeriums für 1888 und 1889; Berichterstatter: Kommerzienrath Dissen. 3. Desgleichen über das Budget: a. der Eisenbahnbetriebsverwaltung — Abth. II, Werkstättenbetrieb, und Abth. III, Magazinsverwaltung, b. der Bodensee-

